

ANTWORTEN
von
Petra Selg
(WK Bodensee)



Der Fragenkatalog, auf den sich die Antworten beziehen, ist nachzulesen unter <http://www.gjbw.de/index.php?id=2028>

1. In meinem jetzigen Amt als Landesvorsitzende der „Mutterpartei“ habe ich Eure Arbeit gerade in den letzten Jahren als aufrichtig, erfrischend, belebend und vor allem immer sehr offen empfunden. Auf euren LMVen war ich sehr gerne, um mit Euch relevante Themen zu diskutieren.

Zugegeben: Unser Verhält zueinander war nicht immer ganz einfach, dennoch erlebe ich den Austausch mit Euch als äußerst belebend für unsere Debatten innerhalb unserer Partei, vor allem weil für Euch immer die inhaltliche Auseinandersetzung im Vordergrund steht.

Da ich ja nun um einiges älter bin, als die Mitglieder der grünen Jugend, sind mir manche politischen Ansichten gelegentlich zu „stachelig“ radikal. Dennoch: So muss und sollte die grüne Jugend auch sein und vor allem bleiben.

Ich freue mich auf weitere spannende Debatten mit Euch und vor allem darauf, dass wir weiter wie bisher, offen und ehrlich miteinander zusammenarbeiten.
2. Ich habe 3 Kinder im Alter von 16/18/20 und schon in meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete von 2002 bis 2005 war es mir - als Sozial- und Gesundheitspolitikerin - ein besonderes Anliegen, dass alle notwendigen Reformen nicht zu Lasten der jungen Generation gehen dürfen. Angesichts der demographischen Entwicklung möchte ich hier gerne wieder anknüpfen und zeigen, dass es politische Perspektiven zur derzeitigen Politik der Generationengerechtigkeit gibt. Ein verlässliches solidarisches Renten-Gesundheits-Pflegesystem ist gerade für junge Menschen dringend notwendig und steht für mich in keinem Widerspruch dennoch die gigantische Verschuldung abzubauen und den Haushalt zu konsolidieren.

Ökonomie und Ökologie gilt es angesichts der Herausforderung an eine neue Klimapolitik weiter voranzutreiben, doch ohne Einbindung sozialer Gerechtigkeit wird dies nicht gelingen.

3. Wie ja oben schon gesagt, habe ich drei Kinder, zwei davon sind wahlberechtigt. Wir diskutieren seit Jahren im Freundes- und Familienkreis politische Fragen. Meine Erfahrung ist, junge Menschen sind bei weitem nicht so politikverdrossen, wie es gerne dargestellt wird. Was es aber braucht um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, sind Ehrlichkeit, Glaubwürdigkeit und an diesem mangelt es oft. Wichtige Sachentscheidungen werden oft einer Macht-Partei politik „geopfert“, was nicht nur jungen Menschen, sondern auch mir gewaltig auf den Keks geht.
4. Der Atomausstieg! weitere neue Kohlekraftwerke, sowie weitere Sanktionen in der Arbeitsmarktpolitik, die das Fordern mit Fördern verwechseln und natürlich eine Gesundheits-Pflegereform, die ihren Namen verdient, und deshalb den Gesundheitsfondmurks umgehend zurück nimmt. Ich könnte hier noch viele Dinge nennen, das wären für mich jedoch die 4 wichtigsten, obwohl man in/vor jeder Koalition/Verhandlung um seine eigene Kompromissfähigkeiten wissen muss. Nur bei den oben genannten, wäre ich „kompromisslos“.
5. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine Forderung die ich als langjährige Gewerkschafterin und Personalratsvorsitzende immer vertreten habe und weiterhin fordern und kämpfen werde. Aber auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gilt es weiter voranzubringen. Das Elterngeld ist ein Schritt in die richtige Richtung, dennoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Solange danach keine entsprechend verlässlichen Betreuungsstrukturen zur Verfügung stehen, bleibt alles beim Alten. Mein Mann hätte vor 20 Jahren gerne noch viel mehr dazu beigetragen, wenn seine Firma es ermöglicht hätte. Da gerade heute jedoch immer mehr junge Männer bereit sind, sich stärker um Kinder und Erziehung zu kümmern, sind hier - vor allem die Wirtschaft- bzw. die Unternehmen gefordert. Wir brauchen dringend andere Arbeitszeitformen für Frauen wie für Männer.
6. Mit der Einführung des Gesetzes zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft 2001 haben wir einen Meilenstein gesetzt. Dennoch bleibt noch viel zu tun, vor allem im Steuerrecht, im Erbfall, im Adoptionsrecht weiter dran zu bleiben. Das bedeutet das Bohren dicker Bretter, aber es lohnt sich für die Zukunft unserer Gesellschaft.
7. Dazu könnte ich einen Roman schreiben, da es ja mein Leib- und Magenthema ist. Deshalb beschränke ich mich hier auf folgende Punkte: Mit dem nun kommenden Gesundheitsfonds 2009 wird sich der Murks in der Gesundheitspolitik weiter verschärfen. Wenn 92 % der gesetzl. Versicherten von diesem Fonds zu den Verlieren bzw. Draufzahlenden im Gesundheitswesen gehören, stellt sich die Frage, was dieser bewirken soll. Damit verweise ich auf meine Antwort zu Eurer Frage 3. Hier wurde glasklar Macht-Partei politik vor eine zukunftsfähige Sachentscheidung gestellt. Unsere Alternative dazu ist die Bürgerversicherung. Das Gleiche gilt für die Pflegeversicherung. Wir müssen die Frage stellen, was uns gute Pflege in Zukunft wert ist. Hier geht es bei weitem nicht um mehr

Geld ins System, sondern um tatsächlich am Menschen orientierte Konzepte.

Soziale Gerechtigkeit bedeutet aber vor allem, den Zugang und die Teilhabe an Bildung wirklich endlich wahrhaft werden zu lassen. Der Bund kann dazu flankierend beitragen, wie er es bei IZBB gezeigt hat. Die Zuständigkeit jedoch liegt auf Grund des Föderalismus bei den Ländern. Unsere Bildungsvorschläge hierzu bieten die besten Voraussetzungen für eine soziale Gerechtigkeit - mit Zukunft.

8. Die derzeitigen Preise am Energiemarkt werden auch in Zukunft hoch bleiben. Deshalb müssen wir den Menschen klar verdeutlichen, dass es nicht darum gehen kann, den Energieverbrauch weiter zu fördern. Steuersenkungen oder andere Maßnahmen wie sie derzeit von anderen Parteien gefordert werden, um einen sozialen Ausgleich zu schaffen, helfen mit Sicherheit nicht den Menschen. Davon profitieren würden nur die Energieversorger.
Deshalb ist es wichtig, dass wir ehrlich und glaubwürdig bleiben. Der einzige, für mich glaubwürdige Weg soziale Gerechtigkeit und Ökologie zu vereinbaren, besteht darin, Energie einzusparen. Dies gilt es für mich zu fördern. Jedoch sollten wir den Fehler wie bei der Einführung der sinnvollen Ökosteuer in der Vermittlung nicht wiederholen. Wir brauchen eine klare Sprache wenn es gilt Energie zu sparen.
9. Ich bin für ein starkes Europa, weil ich glaube, dass wir viel von einander lernen können, gerade was die Bildungspolitik betrifft. Dennoch möchte ich, dass wir vor allem am Arbeitsmarkt, in der Energiepolitik, in den Mindeststandards bei den sozialen Sicherungssystemen ,einheitliche Richtlinien umsetzen.
10. Eine Armee hat für mich keine Farbe. Als Kind und Jugendliche habe ich die " Rote Volksarmee" (Volksarmee der DDR) erlebt, die alles andere war, als Frieden und Sicherheit zu garantieren. Wir brauchen die Bundeswehr, ob in ihrem jetzigen Zuschnitt (Wehrpflicht), wage ich angesichts geänderter Außen-Sicherheitspolitik zu hinterfragen. Ich frage mich, ob die derzeitige Bundeswehr ihren heutigen Anforderungen gerecht werden kann - vor allem was die Menschen betrifft, die momentan davon betroffen sind.
Dennoch brauchen wir eine starke Bundeswehr, die jedoch multilateral eingebunden ist und für die gilt: an erster Stelle steht Gewaltprävention und präventive Konfliktlösung, keine Kriegshandlungen.